

Deutschland.

Berlin, 11. Juni. Als zunächst die „Prov.-Corr.“ in Aussicht stellte, daß der Schluß des Reichstages gegen den 20. Juni erfolgen werde, erhoben mehrere Zeitungs-Korrespondenten ihre Stimmen sehr eifrig dagegen und prophezeiten, wie u. A. ein übriges durch seine und ungenauen Nachrichten bekannter Korrespondent der „Magdb. Ztg.“, eine Verlängerung der Session bis tief in den Juli hinein. Jetzt, wo Alles überzeugt ist, daß die Session eine so lange Dauer nicht haben wird, suchen diese Korrespondenten der Mitteilung der „Prov.-Corr.“ mit der Nachricht entgegenzutreten, daß der Schluß noch früher, nämlich schon am 17. d., erfolgen könne. Dies ist nun um so unwahrscheinlicher, als dem Reichstage noch einige neue Arbeiten zugegangen sind, und es ist jedenfalls festzuhalten, daß der Schluß gegen den 20. Juni erfolgen wird. Das wird freilich auch nur dann eintreten können, wenn die Sitzungen nicht wie häufig, durch unnütze Debatten ausfüllt und verlängert werden. Da indessen auch bei der Mehrheit der Reichstagsmitglieder der Wunsch nach baldigen Schluß vorherrscht, werden solche Versuche jedenfalls im Reichstage selbst keinen Anklang finden. — Nachdem in überzeugender Weise in Abrede gestellt worden ist, daß der Minister v. Mähler sich in keiner Weise in den Kirchenstreit in Bremen eingemischt hat, scheint man aus dieser Notiz jetzt den entgegengesetzten Vorwurf gegen den Minister erheben zu wollen, daß er nämlich keinen Anlaß genommen habe, mit den Bremer Behörden oder Repräsentanten Rücksprache zu nehmen. Es wird dann in erklärter Weise die Schlussfolgerung gezogen, daß der Minister von den Bremer Vorgängen keine Kenntnis gehabt habe, und daran die Bemerkung geknüpft, er würde wohlgethan haben, sich um dieselbe zu bekümmern. Es ist indessen anzunehmen, daß Minister v. Mähler von den kirchlichen Verhältnissen in Bremen genauer unterrichtet ist, als diejenigen, die sich bloß des lieben Standals wegen um dieselben bekümmern. — Die Nachricht, daß der erste vortragende Rath im Staatsministerium, der Wirkl. Geh. Ober-Regier.-Rath C. v. S. v. O. seinen Abschied, den er schon am 1. April erbeten, erhalten habe, ist verfrüht; doch ist allerdings in Aussicht genommen, daß er bereits am 1. Juli auf sein Ersuchen in Ruhestand versetzt werden wird, da es ihm der Zustand seiner Augen unmöglich macht, seine Geschäfte weiter zu führen. — Wie bei der Post zur Berechnung der Entfernung die Tarquadrate eingeführt sind, so soll ein ähnliches Verfahren auch beim Telegraphenwesen zur Berechnung der Entfernungen bei der Beförderung der telegraphischen Depesche in Anwendung kommen. Es sollen die geographischen Längen- und Breitengrade als Basis für die Legung und für die Größe und Form der Quadrate dienen. Die Längengrade sollen in 5 und die Breitengrade in 3 gleiche Theile zerlegt und aus den Theilungspunkten von Längengrad zu Längengrad und von Breitengrad zu Breitengrad Linien gezogen werden, so daß in dem Viereck, welches von je zwei zunächst gelegenen Längen- und Breitengraden gebildet sind, 15 Vierecke entstehen, welche als Tarquadrate gelten sollen. Aus dem Diagonal-Kreuzungspunkte eines jeden Tarquadrats werden die Zonenkreise, welche die Entfernung für die telegraphischen Depeschen geben, geschlagen. Diagonal-Kreuzungspunkte anderer Tarquadrate, welche in die verschiedenen Zonenkreise fallen, bedingen die Zugehörigkeit der ganzen Quadrate zu den betreffenden Zonen. Bei den beabsichtigten telegraphischen Beziehungen des norddeutschen Bundes zu Süddeutschland, Oesterreich und den Niederlanden wird von Seiten der diesseitigen Telegraphenverwaltung dahin gewirkt werden, daß das System der Eintheilung in Tarquadrate allseitig angenommen werde. — Aus Schleswig-Holstein wird gemeldet, daß die von der deutschen Demokratie gemachten Versuche, die alte politische Agitation in ihrem Sinne wieder anzufachen, gescheitert sind. Einige großdeutsche Agenten dieser Partei sollen die Führer der Augustenburgerischen Partei vergeblich ersucht haben, die Anregung zu Versammlungen der sogenannten schleswig-holsteinischen Patrioten zu geben. Dieselben haben sich schließlich überzeugen müssen, daß für solche politische Agitationen kein Boden mehr ist. — Die in Kassel versammelte gewesene deutsche Lehrerversammlung hat den Beschluß gefaßt, daß die Berufung von Schulsynoden für die Entwicklung der Schule nützlich und notwendig sei. Dagegen ist nichts einzuwenden, im Gegentheil zuzugeben, daß dieselbe jedenfalls praktische Resultate ergeben würden, als die jetzigen deutschen Lehrerversammlungen. Wenn indessen hiesige Blätter an diese Nachricht das Raisonnement knüpfen, daß die Lehrer jetzt keine Gelegenheit hätten, ihre Interessen und die Interessen der Schule zu vertreten, so beruht dies doch auf einer großen Unkenntnis unserer inneren Verhältnisse. Denn es existiren bekanntlich Lehrerkonferenzen in engem Bezirke sowohl wie in Regierungsbezirken, welche den Lehrern genug Gelegenheit geben, sich über die sie und die Schule betreffenden Angelegenheiten auszusprechen.

Berlin, 12. Juni. Sr. Maj. der König empfing am Mittwoch nach Aufhebung der Tafel den Geheimen Finanzrath Cohn aus Dessau, wohnte darauf der Vorstellung im Schauspielhaus bei und fuhr alsdann nach Schloß Babelsberg. Dort nahm der König gestern Morgens Übungen und Vorträge entgegen, arbeitete dann mit dem Kriegsminister v. Moos und dem Militär-Kabinet, stattete Mittags der Königin-Wittve im Schlosse Sanssouci einen Besuch ab und speiste hierauf bei den Kronprinzenlichen Herrschaften im Neuen Palais. Heute Vormittags beschäftigt der König auf dem Vornstädter Friede bei Potsdam das Regiment Gardes du Corps und das 3. Garde-Ulanen Regiment und dinirt dann mit dem Offizier-Korps vom Regiment Gardes du Corps.

Berlin, 11. Juni. (Post.) Den Sturmvoßeln in der Politik scheint unheimlich zu Muth zu sein, daß die Welt sich an Erhaltung des europäischen Friedens zu gewöhnen anfängt. Das ruhige Element sagt offenbar ihrer Natur nicht zu, und vom

Neuen prophezeien sie böses Ungewitter. Die Warnungstimmen kommen diesmal ausschließlich von Paris, entweder direkt von dort oder auf Umwegen, zu uns. Vorgefunden war es der Pariser Korrespondent des „Morning Herald“, vor Kurzem der dortige Korrespondent des „Nord“, die Böses für die Zukunft weissagten, heute findet sich Aehnliches in einem Pariser Briefe der „Morning Post“. Ein Gentleman, „der in Deutschland und Frankreich finanziell bedeutend interessiert ist“, will nämlich erfahren haben, daß Graf Bismarck erst vor wenigen Tagen folgenden Ausdruck gegeben habe: „Es ist die Absicht Louis Napoleons, uns früher oder später anzugreifen. Wir sind darauf vorbereitet.“ Und außerdem will besagter Gentleman brieflich erfahren haben, daß der Gedanke eines bevorstehenden Krieges mit Frankreich „seit einigen Wochen von Neuem in Deutschland aufgetaucht sei“. Weshalb? Entweder in Folge des Nischen Berichtes über die neuen französischen Gewehre, oder weil die Deutschen fest überzeugt seien, daß trotz der friedlichen Versicherungen Napoleons, das ewige Gezerde über Waffen, Soldaten und Befestigungen, der unverkennbare Ausdruck des Wunsches nach einem Kriege mit Deutschland sei; eine Ueberzeugung, „die Jedermann in Deutschland vom König Wilhelm bis zum ärmsten Bauer theils.“ Noch mehr, auch in den Florentiner Regierungskreisen habe sich diese Anschauungsweise eingenistet. Dort wisse man, daß Kaiser Napoleon es auf einen Krieg gegen Deutschland abgesehen habe und Italien zum Bundesgenossen haben möchte. Doch werde er sich im allgünstigsten Falle höchstens einer Neutralität Italiens erfreuen, denn Preußen sei in Italien beliebt, während von Frankreich das Gegentheil gelte. Und schließlich: die fremden Gesandten in Paris seien nie mehr auf dem qui vive gewesen, als eben jetzt; wohl beslechtige sich Rouher noch immer der friedlichsten Sprache und auch der Kaiser versichere, daß seine Rüstungen nur Verteidigungszwecke und die Wahrung des französischen Prestige im Auge haben, aber es sei nun einmal weltbekannt, daß es in den Tuilleries eine Kriegspartei gebe, welche von der klerikalen Partei unterstützt werde. Letztere hoffe von einem Kriege gegen das protestantische Preußen die Restauration mehrerer deutscher und italienischer Fürsten, während die Kriegspartei unter den Generalen einen Krieg zur Rettung der französischen Waffenehre für unumgänglich notwendig erachte. Der Kaiser schwankte und diese Ungewißheit drückte der Lage ihren Stempel auf. Soweit der Korrespondent der „Morning Post“. Derartige Berichte sind seit Jahr und Tag an der Tagesordnung gewesen. Einen irgend tiefen Eindruck haben sie nirgend hervorgerufen.

— Die Ermordung des Fürsten Michael von Serbien ist nicht nur geeignet, große Sensation zu erregen, sondern auf die politische Lage und Haltung dieses Landes einen großen Einfluß zu üben. Ob dem Attentate politische Motive zu Grunde liegen, ob es Ausübung einer Privatrage ist, läßt sich vorläufig noch nicht erkennen; da aber ein naturgemäßer Nachfolger fehlt, so ist nicht nur dem Wettstreit der Parteien, sondern auch der mehr oder weniger offenen Einwirkung der fremden Mächte ein weiterer Spielraum geöffnet, auf dem sich diese streitenden Interessen mit der dort üblichen Lebhaftigkeit tummeln werden; es ist ein Glück, daß sämtliche in Betracht kommenden Mächte geneigt scheinen, den Frieden aufrecht zu erhalten, da sonst dieser Fürstenmord sehr leicht der in das Pulverfaß der orientalischen Frage geworfene Funken sein könnte.

— Die Abfassung eines Entwurfs zum Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund wird, wie die „Sp. Ztg.“ hört, nicht einer Kommission, sondern einem einzelnen hervorragenden Juristen übertragen werden, dessen Arbeit erst später einer demnächst zu berufenden Kommission unterbreitet werden soll. Doch steht in dieser Beziehung noch nichts definitiv fest.

— In den Kreisen der hessischen evangelischen Geistlichkeit geht gegenwärtig eine Petition an die Staatsregierung zur Unterschrift um, in welcher baldmöglichste Aufhebung der Spielbank in Naumburg und sofortiges Verbot wenigstens an Sonn- und Festtagen verlangt wird. Der letztere Wunsch wird ohnehin durch die unzweifelhafte Annahme des dem Reichstage vorgelegten Gesetzes, die Spielbanken betreffend, erfüllt werden.

— In einer der nächsten Sitzungen der Civilprozess-Kommission wird über das im Reichstage angenommene Genossenschaftsgesetz verhandelt werden, für welches ein besonderer Referent bestellt ist. Demnächst wird sich der Bundesrath sofort über Genehmigung des Gesetzes schlüssig machen können, dessen Publikation möglicherweise noch vor Schluß des Reichstages zu erwarten ist.

— Die preussische Regierung hat dem Vernehmen nach auf das Ansuchen des russischen Militär-Gouvernements zum Zweck der dortigen Artilleriebewaffnung die Genehmigung erteilt zur Anfertigung einer umfangreichen Bestellung an gezogenen Stahlgewehren verschiedener Kaliber mit Hinterladern in dem Krupp'schen Etablissement in Essen. Hiermit im Zusammenhang, bezeichnet man den zeitigen Aufenthalt des Herrn Krupp in Petersburg. Die überraschenden Erfolge des Feldzuges von 1866 haben bekanntlich Russland jetzt dahin bestimmt, seine Artillerie künftig ganz nach preussischem Vorbilde auszurüsten.

— Am 3. Juli, dem Jahrestage von Königgrätz, sieht man in der Armee der Verkündigung einer Reihe königlicher Gnadenakte durch Ernennungen, Beförderungen und sonstige Auszeichnungen entgegen.

— Der Besuch, welchen König Wilhelm nach der „D. Volks-Ztg.“ der Stadt Hannover zugebracht hat, wird auf den 24. oder 25. Juni fallen. Es werden bereits die zum Empfange nöthigen Vorbereitungen getroffen.

— In der gestern stattgefundenen Plenar-Sitzung des Bundesrathes des norddeutschen Bundes führte der Freiherr v. Friesen

den Vorsitz. — Auf den Bericht des Ausschusses für Justizwesen (Referent Pape) wurde der vorgelegte Gesetz-Entwurf, betreffend die Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken, unter einigen Abänderungen genehmigt. — Auf den Bericht der Ausschüsse für Handel und Verkehr, sowie für Justizwesen (Referent v. Philipsborn) über den Beschluß des Reichstages, betreffend die Sicherung des Privat-Eigenthums zur See in Kriegszeiten, beschloß der Bundesrath, den Bundeskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß nach Zeit und Umständen auf geeignetem Wege, namentlich durch Verträge mit fremden Staaten, die Freiheit des Privat-Eigenthums zur See in Kriegszeiten festgestellt werde. Ferner wurde auf den Bericht derselben Ausschüsse über den Antrag Sachsens, betreffend die Herbeiführung eines Bundesgesetzes zum Schutze des geistigen Eigenthums, beschloßen, den Bundeskanzler zu ersuchen, die Ausarbeitung des von der preussischen Regierung begonnenen Entwurfes zu einem Bundesgesetz über den Schutz des Urheberrechts an literarischen Erzeugnissen zu beschleunigen und den Ausschüssen zur Berathung, unter Zuziehung von Sachverständigen, zu überweisen. — Auf den Bericht des Ausschusses für Eisenbahnen, Post und Telegraphen (Referent Hofmann) wurde die Vorlage des Präsidiums, betreffend den Post-Vertrag mit Belgien, genehmigt.

— Die Kommission für Vorberathung der Gewerbe-Ordnung hielt gestern Abend eine Sitzung zur Berathung des von den Abg. Laster, Wiquel und Genossen beantragten Gesetzesentwurfs, betreffend den Betrieb der stehenden Gewerbe. Der §. 1, welcher das den Innungen zugehende Recht, Andere von dem Betriebe eines Gewerbes auszuschließen, aufhebt; der §. 2, welcher die übrigen Verbotswörter, andere staatliche Berechtigungen, Konzeptionen zu gewerblichen Zwecken zu ertheilen, aufhebt und die Festsetzung der Entschädigung für die in Wegfall kommenden Befugnisse den einzelnen Staaten überläßt, — wurden nach längerer Diskussion nur mit einigen redaktionellen Aenderungen angenommen. Im §. 3, welcher lautet: „Für den Betrieb eines Gewerbes ist ein Befähigungs-Nachweis nicht mehr erforderlich. Diese Bestimmung findet jedoch bis auf Weiteres keine Anwendung auf den Gewerbebetrieb der Aerzte, Apotheker, Hebammen, Advokaten, Notare, Seeschiffer und Posten“ — wurden der letzteren Kategorie von Gewerbetreibenden noch die Seeschiffer hinzugefügt. Satz 1 des §. 4, welcher lautet: „Die Unternehmung zwischen Stadt und Land in Bezug auf den Gewerbebetrieb und die Ausbehnung desselben hört auf“, wurde unverändert angenommen; sodann als Satz 2 dieses Paragraphen hinzugefügt: „Den Handwerker ist gestattet, auch mit nicht von ihnen selbst gefertigten Waaren zu handeln.“ Satz 2 (jetzt 3) dieses Paragraphen, welcher den gleichzeitigen Betrieb verschiedener Gewerbe, so wie desselben Gewerbes in mehreren Betrieben oder Verkaufsstätten gestattet, wurde unverändert angenommen. Dem §. 5, welcher bestimmt, daß jeder Gewerbetreibende Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in jeder Art und beliebigen Zahl halten kann, Gesellen und Gehilfen in der Wahl ihrer Meister oder Arbeitgeber unbeschränkt sind, in Betreff der Berechtigung der Apotheker, Gehilfen und Lehrlinge anzunehmen, aber die Landesgesetze in Kraft bleiben; wurde ferner noch die Bestimmung hinzugefügt, daß die Gesetzgebung für das Patentwesen, diejenige über die Beschäftigung der Kinder in den Fabriken und diejenigen Beschränkungen, welche die Post-, Steuer- und Zollgesetzgebung auferlegt, auch ferner in Kraft bleibt. Mit diesen Modifikationen wurde schließlich das ganze Gesetz mit allen gegen 3 Stimmen angenommen, dagegen ein von den Abgeordneten Schulze (Berlin), Dr. Walbeck und Genossen eingebrachter Antrag auf Ummänderung des §. 5 in dem Sinne, daß die Koalitionsfreiheit den Arbeitgebern und Arbeitern (auch für die Landwirthschaft, den Berg- und Hüttenbetrieb, die Stromschiffahrt und den Tagelohnbetrieb) gewährt werde, wurde (da der Vertreter der Bundesregierungen sich dagegen aussprach) nach längerer Diskussion abgelehnt. Die Kommission beschloß, dem Plenum mündlichen Bericht durch den zum Referenten ernannten Abg. Dr. Stephani erstatten zu lassen.

Bremen, 11. Juni. Hier eingegangene Nachrichten aus Newyork melden, daß der Schiffssekretär Mac Culloch die Zollämter der Vereinigten Staaten durch Circular vom 23. April angewiesen hat, in Gemäßheit der bisher zwischen Preußen und mehreren anderen Staaten des norddeutschen Bundes bereits bestandenen Verträge, die unter der Flagge des norddeutschen Bundes ankommenden Schiffe ebenso zu behandeln, wie die eigenen Schiffe der nordamerikanischen Union, gleichviel ob die Ladung aus Produkten des eigenen oder irgend eines anderen Landes besteht.

Mugsburg, 10. Juni. Gestern fand zu Ehren des Abg. Dr. Böhl in den reichgeschmückten Sälen der „Goldenen Traube“ ein von Freunden desselben veranstaltetes Bankett statt, um dessen Rückkehr aus dem Zollparlament in die Heimat zu feiern. Diese Feier gestaltete sich in ihrem Verlauf zu einem eminent patriotischen Feste, über welches die „Augob. Abendztg.“ einen ausführlichen Bericht erstattet. Nachdem die Liebespenden von 6 zu einem mächtigen Chor vereinigten Gesangvereinen („Dir möcht' ich diese Lieber weihen“ — „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“ — „Und hörst du das mächtige Klingen“ — „Wenn heut' ein Geist herniedersteige“) die Herzen mit unwiderstehlicher Gewalt zur Höhe patriotischen Empfindens emporgehoben, fand die Begrüßung des Gefeierten durch den (bei der Wahl zum Zollparlament gegen Dr. K. Barth unterlegenen) Bürgermeister Fischer statt; der Redner ließ der schönen Hoffnung warme Worte, welche die deutsche Nation auf die erste, seit 20 Jahren unter günstigen Auspizien tagende Versammlung der Vertreter des deutschen Volkes setzte, er schilberte die herbe Enttäuschung, welche das Volk fühlte, als es kleinlichen Motiven und dem natürlichen Bunde einer verblendeten Demokratie mit den Gegnern der deutschen Macht und Größe eines deutschen Vaterlandes gelungen zu sein schien, jene Hoffnungen zu betrügen, er verwirkte aber auch bei der Schilderung des erbebenden und stärkenden Eindruckes, welchen Deutschland vom Belt bis zu den Alpen und darüber hinaus bis zur Donau empfand, als endlich am 18. Mai Dr. Böhl dem deutschen Gedanken und dem deutschen Sehnen und Streben zündenden Ausdruck ließ und die Ehre des ersten deutschen Zollparlaments rettete. Redner legte natürlich ein besonderes Gewicht darauf, daß der Bürger einer der bedeutendsten Städte Schwabens (Augsburg's nämlich), der allein im Parlament diesen Stamm auf der deutschen Seite vertrat, es war, der auch Süddeutschlands Gefühle und Wünsche in begeisterten Worten zur lautesten Anerkennung brachte,

